Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb gem. UVgO

Projekt:
„Richtig gut leben und arbeiten: Eifel. Die Wirtschaftslandschaft.“

Beschaffungsgegenstand:
Konzeption, Contentproduktion, Mediaplanung, Umsetzung und Evaluierung einer Dachkampagne zur Steigerung des Bekanntheitsgrades des Wirtschaftsstandortes Eifel außerhalb der Region

Erklärung zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Nummer 2

Hinweis der Vergabestelle:

Dieses Formular ist in den folgenden Fällen zwingend einzureichen – siehe auch die Ausführungen in den Teilnahme- und Bewerbungsbedingungen zu dem Teilnahmewettbewerb (Dokument 3.1.) und das Auswahl- und Gewichtungsschema zu dem Teilnahmewettbewerb (Dokument 3.2.):

- bei dem beabsichtigten Einsatz eines „einfachen / normalen“ durch ein einzelnes Unternehmen oder durch eine Bewerber- / Bietergemeinschaft von jedem „einfachen / normalen“ Nachunternehmen (siehe hierzu auch die Ziffer 5. in dem bereitgestellten Dokument 3.1.)

- eignungsentleihenden Nachunternehmen (siehe hierzu auch die Ziffer 5. in dem bereitgestellten Dokument 3.1.)

1. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

☐ Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt und liegt als Anlage bei.

2. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

☐ Wir erklären, dass wir unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt haben.

Uns ist bekannt, dass die Vergabestelle / der künftige Auftraggeber dazu berechtigt ist, diese Angabe durch die Vorlage von entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung der Finanzverwaltung und/oder der Sozialversicherungsträger zur Verifizierung von uns einzufordern.

3. Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

☐ Wir sind Mitglied der nachstehend aufgeführten Berufsgenossenschaft.

.....

☐ Wir sind nicht zur Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft verpflichtet.

4. Erklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen

☐ Wir sichern verbindlich zu, dass wir unsere Leistungen unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG) erbringen werden. Dies gilt auch für das von uns zur Erbringung der Leistungen eingesetzte Personal. Des Weiteren ist uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärungen unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat. Bei einem Verstoß ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

5. Angaben zum Vorliegen von Verstößen gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

☐ Wir erklären, dass für unser Unternehmen und/oder für dessen vertretungsberichtigte Personen kein Verstoß vorliegt, der nach § 21 des SchwarzArbG zu einer rechtskräftigen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen geführt hat oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist und weiterhin, dass – auch schon vor Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen eines solchen Verstoßes – für unser Unternehmen keine Beweislage erkennbar ist, nach der kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung nach § 21 SchwarzArbG besteht. Wir verpflichten uns, den Auftraggeber während des Vergabeverfahrens unverzüglich davon zu informieren, wenn sich eine Änderung von Umständen ergibt, aufgrund derer die abgegebene Erklärung nicht mehr zutreffend ist. uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärungen unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat. Bei einem Verstoß ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

7. Angaben zu schweren Verfehlungen, welche die Zuverlässigkeit in Frage stellen

Wir erklären, dass

☐ für unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen.

☐ wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister und/oder im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

☐ für unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.

☐ zwar für unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, wir jedoch für unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen haben, durch die für unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde – konkrete Darlegung der Maßnahmen ist als Anlage beigefügt.

Uns ist bekannt, dass die Vergabestelle zur Verifizierung dieser Angaben einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister einholen kann.

8. Erklärung Tariftreue- / Mindestlohnzahlung gem. LTTG

☐ Entsprechende Erklärung(en) sind gesondert auf den bereitgestellten Formularen abgegeben und eingereicht.

Siehe im Bedarfsfall auch das bereitgestellte Merkblatt zu den Erklärungen (Dokument 3.3.) oder die nachstehende Internetseite
https://lsjv.rlp.de/fileadmin/lsjv/Themen/Arbeit/LTTG/Merkblatt_LTTG.pdf

9. Referenzen zu vergleichbaren Leistungen

☐ Wir erklären, dass wir in den letzten Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen wie diese im Rahmen unserer Stellung als „einfaches / normales“ Nachunternehmen zu erbringen sind, ausgeführt haben.

Zum Beleg hierfür werden wir auf gesonderte Aufforderung der Vergabestelle / des künftigen Auftraggebers eine selbst erstellte Referenzenliste einreichen.

.....

Ort, Datum

.....

Textformkennzeichnung des Nachunternehmens gem. § 126b BGB